

# Erzähler vom Westerwald

## Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für Landwirtschaft, Holz- und Gartenbau. Druck und Verlag der Buchdruckerei Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Der achteitigen Wochenbeilage Illustriertes Sonntagsblatt. Ausschritt für Drahtnachrichten: Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

249 W. a. u. g. p. r. e. i. s. : w. o. c. h. l. i. e. b. l. i. c. h. 2. 70 M., m. o. n. a. t. 90 M., m. i. t. S. r. i. n. g. e. l. o. b. n. ; d. u. r. c. h. d. i. e. P. o. s. t. 2. 55 M., b. e. z. u. 85 M., o. b. n. e. V. e. s. t. e. l. l. g. e. l. d. W. ä. h. r. e. n. d. e. s. K. r. i. e. g. e. s. m. ü. s. s. e. n. d. i. e. F. r. e. i. b. e. i. l. a. g. e. n. w. e. g. f. a. l. l. e. n. H. a. c. h. e. n. b. u. r. g., M. i. t. t. w. o. c. h. d. e. n. 23. O. k. t. o. b. e. r. 1918. A. n. z. e. i. g. e. n. p. r. e. i. s. (s. a. h. l. i. c. h. i. n. v. o. r. a. u. s.) d. i. e. s. e. c. h. s. g. e. s. p. a. l. t. e. n. B. e. t. t. e. g. e. l. e. o. b. e. r. d. e. r. e. n. R. a. u. m. 20 M., d. i. e. R. e. k. l. a. m. a. z. e. 60 M. 11. J. a. h. r. g.

### Kriegs-Chronik

**Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.**  
Oktober. An der Vos und Schelde, sowie bei Kortrijk der Feind verlustreich abgewiesen. Französische Anzugsstücke und Gewehre scheitern. Westlich von der belgische Kampfe. Die Deutschen entziehen dem wieder die Döben östlich von Bando. Amerikanische nordlich von Commerce und beiderseits von der verzeichnen unter schweren Verlusten des Feindes. In dem feindlichen etwa acht Flugzeuge starken Geschwader. In dem Orte im Sabinal angreift, werden vier Luftzeuge zerstört.

### Ein neuer Bundesgenosse.

Mit den russischen Bolschewisten finden die Entente beim besten Willen kein Auskommen, und ihre Forderungen haben bei aller Kunst der Menschheitsbehandlung doch nicht verstanden, auch die Lenin und Trotzki ihren Bann zu spannen. Das hindert sie aber nicht im mindesten, die Richtung als solche ihren Schweden dienst zu machen, wo sie glauben, damit ihren großen mächtigen Zielen näher kommen zu können.  
Besonders wertvoll wäre ihnen natürlich der Sieg des Bolschewismus in Deutschland. Unfähig oder nicht in den tiefsten Sinn der Umgestaltung unserer Verfassungszustände zu begreifen, halten sie sich an ihre alte Lüge, daß in der neuen Volksregierung Sozialdemokratie Sitz und Stimme hat, und leben in der Erwartung, daß nicht eine andere Ordnung Staatsverrichtungen, auf die es in Wirklichkeit obliegt, sondern die Unordnung und Auflösung in Deutschland sich ausbreiten und schließlich zum Untergang des Reiches führen werden. Ganz nach russischen Vorbild. Washington & Co. spricht man ganz offen davon, ein Sieg der deutschen Sozialdemokratie zu wünschen wäre, aber erst durch den Bolschewismus könne Deutschland in ein Chaos zu werden. Auch mit Österreich-Ungarn möchte man im liebsten dieses neuen Bundesgenossen bedienen. Die ausgesprochene Absicht dazu vorliegt, mag vielleicht zweifelhaft erscheinen; aber die Wirkung tritt als der schroffen Ablehnung des Friedensgesuches durch Präsidenten Wilson schon jetzt offen zutage. In Bezug auf die radikal-sozialistischen Elemente ständig an die Spitze der Arbeiterbewegung, den die Ereignisse letzten Monate an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung gehoben haben, genießt nicht mehr die unumstößliche Macht, die langsam aber sicher an den wichtigsten Rummacher Mosca und die bolschewistischen Kreise übergeht.  
Nicht viel anders ist es in Polen. Auch hier liegt der Einfluss der Allradikalen. Der Regentenschaft hat sich nur mühsam gegen den Ansturm der äußersten behaupten, die durch Zuwanderung talentvollster Kräfte aus dem Russischen fortdauernd Unterstützung erhält und sich mit sehr unanständigen Herrschaft auszuweisen sucht. Die Stannessbrüder aus Wien, die bereits in Warschau über die Vereinigung der getrennten Landesteile unterhandeln, haben von dem sehr weitgehenden Regierungsprogramm mitgeteilt, dem man es schon auf hundert Schritt Entfernung aus, daß es dazu bestimmt ist, den Sozialisten den Weg aus dem Segeln zu nehmen. Aber in Russland hat man mit solchen Methoden gar kein Glück gehabt, es ist noch sehr die Frage, ob die Polen mit ihnen zu Erfahrungen machen werden. Auf den russischen Bolschewismus beruft sich die Entente als Rechtfertigung für Eingreifen an der Kaukasus und ihren Vormarsch in Asien. Kommt er auch in Polen und in Böhmen zur Herrschaft, so kann man auch in diesen Ländern, ohne zu mindesten zu zieren, nach dem Rechten sehen. Das Bestimmungsrecht der Völker wird auf dem Papier die Zeit unangefastet bleiben; nur in der Praxis muß schon einige Einschränkungen gefallen lassen — natürlich und allein zugunsten des Angeschickentums und der dienstfertigen Schleppenträger in Ost und West. In Wahrheit ist der Bolschewismus ein Feind der Kulturwelt aller Völker. Keine Regierung mit ihm liebäugeln, wenn auch nur auf Kosten anderer Länder. Siegt er an einer Stelle, so gerät die unmittelbare, dann auch die weitere Nachbarschaft in Lebensgefahr. Die Zeit wird kommen, wo unsere Völker von heute die Wahrheit dieser Erkenntnis am eigenen Leibe verspüren werden.

### Der neue Kurs in Deutschland.

Rede des Kanzlers im Reichstage.  
(Stellung.)  
CD. Berlin, 22. Oktober.  
Die heutige Reichstagsführung trug ein ganz besonderes Gepräge. Das Haus wählte, daß der Kanzler neue amtliche Erklärungen abgeben und seine alten Aussagen und erörtern wollte. Alle Bänke und die

**DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BLUT**  
Er starb als ganzer Mann, der als Bahnbrecher und Meister der deutschen Kampfliebe unter rücksichtslosem Einsatz aller Kräfte zielbewusst seine Luftwehr führte. Die Früchte seines Wirkens haben leuchtend vor unseren Augen in den bescheidenen Taten seiner Schüler und Nachfolger im Luftkampf. Ein Stück von jenem heldenmütigen Leben in ihm, der mit klarem Bewußtsein selbstlos auch das höchste für das Vaterland herzugeben ständig bereit ist.  
*Hauptmann Börcke.*  
Für sein Vaterland gefallen 28. Okt. 1918.  
*H. M. Loh*

Erklärungen waren gut besucht und mit ungeheurer Spannung sah das Haus den Ausführungen des Kanzlers entgegen.

### Sitzungsbericht.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Baur, Graf Roeder, Müllin, Vislo, Broder, Scheidemann, Gaußmann, Gräberger, Trimborn, Scheuch, v. Mann, v. Breitenbach, Dr. Solf, Bauer, Schiffer.  
Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Feilerbach werden die kleinen Anträge von der Tagesordnung abgelehnt und der Beschlusses über die Ernennung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft wird auf Antrag des Abg. Dove (Dp.) dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. Zur Beratung gestellt werden dann die neuen Vorträge zur Abänderung der Reichsverfassung, d. h. der Beschlusses über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Mitwirkung des Reichstages bei Kriegserklärungen und beim Friedensschluß. Im Anschluß an diese Vorlagen findet eine allgemeine politische Aussprache statt. Der Präsident erteilt sofort das Wort dem

### Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind in Folge der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen des Präsidenten Wilsons Gegenfragen, unsere unabweisende bejahende Antwort hat zu erneuten Anträgen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren, Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt.

Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich auf dem Grunde der Stunde entsprechende Beschränkung aufheben. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angezogen worden. Diese Debatte gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

### Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Wesenheitsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgedrückt wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgedrückt werden müßte. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich etablieren, der Augenblick sei da, in dem sie alle die angesammelten Leidenschaften, den Haß und die Rachsucht, auf dem Boden unserer deutschen Heimat stillen können; auf der andern Seite sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet:

Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unterquimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die lechtlichen Gewalten erkennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen: Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum äußersten geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen

des deutschen Volkes sprechen durfte, also sie für den Frieden handelnd eintritt. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos dem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebh. Zustimmung.)

Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (Sehr richtig) und würde vom Jorn der Öffentlichkeit hinweggefegt. Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden, die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt — was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Wiederhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Nation. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Genossen für recht erkannt wird.

Eine schwere Überwindung für ein stolzes und heggewohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürften. Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Uns ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschlandfeindliches Tribunal bedeutet. Wenn dem so wäre — warum scheuen denn alle die extremen Reichsvertreter in der Entente das Verhandlungstisch wie der Säubige das Gericht?

### Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von anderen. Für unsere ganze Zukunft wird es von erhebender Bedeutung sein, in welchem Grade wir dieser notwendigen Umwidmung folgen.

Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Eigenwillens, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederankunft und Erneuerung. (Sehr richtig.) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lähmen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Genesung und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.)

Wir dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Gebot ist.

Wir brauchen nur auf die Zeit vor zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Triebkräfte für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen befreienden Aufgabe.

Ich möchte meine Worte klären, die ich am 10. Februar sagte: Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kräftequellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht unserer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird.

Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr vom alten Wege bedeutet. (Bravos.)

Damit bin ich zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin.

Meine Herren, ich habe Ihnen schon am 15. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Durch diese Grundsätze geleitet habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freibetriebliche Zustände herbeiführen sollen. Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Lebh. Bravo!) Dem Reichstag liegen zwei Gesetzesentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsgesichtspunkten befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der Obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Änderung des Gesetzes über die Stellvertretung des

Reichskanzlers vor. Wieder konnten nur die Mächte der Obersten Reichsbehörde, die Reichskanzler, werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede halten können, ohne zugleich ein Kestler bekommen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als bringender wertvoller als bisher brachliegender Volkskräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg arbeiterer Führer aus allen freien Berufen wird dadurch nicht verhindert. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einleitung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Bekräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da sein Kanzler oder Staatssekretär im Amt bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig.) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neuordnung des öffentlichen Rechts bekräftigt und verfestigt wird und ich hoffe deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können. (Bravo!)

Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichsländern

zur natürlichen Folge gehabt. Die Staatskanzler in Elsaß-Lothringen hat ein Kaiser übernommen, ein Kaiser ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Staatskanzler mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und der Öffentlichkeit darlegen wird.

Der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag als die deutsche Volksvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation bei der

#### Frage von Krieg und Frieden

ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Recht, Bravo.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Im weiteren Verlauf seiner Rede bezieht sich der Reichskanzler auf den Verfassungszustand, den er während der Kriegszeit als noch nicht endgültig bezeichnet, und nimmt im übrigen Bezug auf sein Programm vom 5. Oktober, das zum Teil bereits zur Ausführung gelangt ist. Der Reichskanzler fährt fort: Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich aufgezählt habe, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt. Wenn Sie, woran ich nicht zweifle, dem Verlangen auch Ihrerseits zustimmen, so wird die Volkregierung fest in den Reichsgesetzen verankert werden. Gegenüber der Mehrheit des Reichstages stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als auch in der Art, in dem wir ihn nachstreben, vollständig einig sind.

Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes.

(Beifall bei der Mehrheit.) Das deutsche Volk hat seit langen im Sattel, nun soll es reiten. (Beifall bei der Mehrheit.) Unser Volk hatte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher seiner politischen reifen Nachbarn beneidet hat. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war von jeder in jeder Hinsicht vorbildlich auch für andere Völker. (Sehr richtig.) Das Reichstagswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, aber das deutsche Volk machte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelleistungen außerhalb der Politik.

Nicht der Mangel der eingeführten Gewalt, sondern dem Mangel an politischem Willen verdankt das deutsche Volk, daß es so lange als der Obrigkeitsskizze galt. (Sehr richtig.)

Seit dem Juli 1917 reifte der Entschluß zur politischen Verantwortung und Ende September 1918 kam es zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Beschluß gefestigte Festlegung erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und die Dauer des neuen Systems.

Wir dürfen nicht um des Auslandes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Überzeugung steht und die nicht der Ausdruck unserer Eigenart sind. (Sehr richtig.) Um unsere Eigenschaften ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können.

Vor den Toren steht der Feind, unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapfern, die sich gegen eine Übermacht verteidigen und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen. (Recht, Bravo.) Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer, sie kämpfen mit der Sorge um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden, aber sie halten Stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich, was nur ein Volk euch geben kann, das soll euch werden. (Stürmischer Beifall.)

#### Die Aussprache.

In der folgenden Aussprache verliest Abg. Gerold (Str.) eine Erklärung seiner Partei, die noch einige Wünsche verfassungsmäßiger Natur vorbringt. Sie schließt mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß sich das deutsche Volk nicht vernichten läßt. Wenn es nötig sei, müsse der letzte Mann zur Rettung des Vaterlandes aufbehalten werden.

Abg. Ebert (Soz.): Die Demokratie hat in Deutschland die Macht ergriffen, weil wir sie das Land zu retten vermog. Die verunklarte Bürokratie und das bürokratisierte Dunkelrum haben ausgepöbelt, die Militärgewalt darf nicht länger Staat im Staat sein, für das persönliche Regiment ist kein Raum mehr. Am Schluß seiner Rede sucht der Abg. Ebert den Eintritt seiner Partei in die Regierung zu erklären, gewissermaßen zu entschuldigen.

Abg. D. Raumann (Soz.): Der Glanz der Taten unserer Deere wird weit in die Zukunft leuchten. Sie haben Abermensliches getan für Volk und Vaterland, obwohl sie draußen Dolden erster Klasse, dabei Staatsbürger dritter Klasse waren. Nun sollen die Massen künftig dabei auch etwas zu sagen haben. Die Parlamentarisierung wird auch dem Reichstag zugute kommen. Bisher war das Parlament der Salon der Ausgeschlossenen: nun wird das Gefühl des Ausgeschlossenseins Platz machen dem Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der Regierung. Auch die Opposition wird natürlich bleiben. Wenn die Mehrheit regierende Kraft hat, muß die Opposition verstanden regierend zu werden. Dazu gehört das Recht der freien Kritik. Die jetzige Opposition setzt sich in merkwürdigerweise aus den beiden äußersten Mägen rechts und links zusammen. Für die Gruppe Ledebour bedeutet der jetzige Zustand und das Recht der schrankenlosen Kritik keine Erneuerung: sie bleibt das konservative Element. (Stürmische Geisterzeit.) Die Konservativen waren dagegen bisher allein in der Regierung vertreten. Sie haben jetzt das Gefühl, daß man ihnen etwas genommen hat, aber natürlich auch das Gefühl, dieserhalb Kritik üben zu müssen, das man immer hat gegenüber einem Nachfolger. Aber auch der konservative Partei wird die Wandlung zugute kommen, und sie wird, will sie wieder in die Regierung gelangen, die Mehrheit und für diesen Zweck die Massen gewinnen müssen.

Zeit aber, wenn es zu weiterem Kampfe kommt. Neben Mehrheit und Opposition geschlossen zusammen: die Lebenserdaltung der Nation ist das letzte Gesetz all unieres Daseins und unieres Daseins. Nur wird unsere Diplomatie künftig eindeutig sein müssen, nicht mehr A und B zugleich, oder abwechselnd A und B, sondern A oder B sagen müssen.

Abg. Stresemann (natl.): Wenn einmal der Satz der Völker leidenschaftlicher Betrachtung gewichen sein wird, dann wird, was die deutschen Deere geleistet haben, für die höchste Kraftentfaltung eines Volkes in seinem Daseinskampfe anerkannt werden. Deshalb konnte unsere Regierung ungebeugten Hauptes das Erluchen um einen Waffenstillstand ausprechen. (Beifall.) Wir danken dem Reichskanzler daher, daß er das deutsche Deere gegen den Angriff auf seinen Charakter in Schutz genommen und es unterföhren hat, daß das deutsche Deere und das deutsche Volk eins sind. Die Entscheidung, ob der Krieg fortzuauern soll oder nicht, liegt jetzt bei Billion. Seht das Blutvergießen weiter, so kommt das Blut, das noch fließen wird, nach allem, was wir in den letzten Wochen getan und ausgehandelt haben, jedenfalls nicht auf unser Haupt. Von einem bulgarischen Verrat sollte man nicht sprechen. Der Zusammenbruch der deutschfreundlichen Partei in Bulgarien und des bulgarischen Deeres ist letzten Endes verschuldet durch den Frieden v. Bukarest. In Osterreich-Ungarn teilen sich die Völker neu auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes. Die Dinge sind im Einklang, wie immer sie sich aber gestalten werden, Deutsch-Osterreich und Deutschland werden immer eng zusammenstehen. Das ist ein Lichtblick in diesen dunklen Zeiten. Gerade als Monarchisten glauben wir der Monarchie am besten zu dienen, wenn wir uns an der Neuordnung beteiligen. (Beifall.)

Abg. Westarp (Konf.): Meine Freunde leben in der Entwicklung der Dinge keinen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung, von der wir schwere Gefahren für das Vaterland befürchten. Was erreicht worden ist, war das Ziel der Demokratie, aber auch gleichzeitig der Bruch unserer Einde. Künftig wird nicht mehr kaiserliche Politik getrieben, sondern die Minister sind ein Vollziehungsausschuss für die hinter ihnen stehenden Parteien. Damit sind die Grundlagen erschüttert, auf denen das Deutsche Reich aufgebaut ist und aus denen es die Kraft zu vierjährigem Widerstand geschöpft hat. Das die bundesstaatlichen Grundlagen aufrecht erhalten bleiben, glauben wir nicht: Wer die Macht des Kaisers beschränkt, enteignet den König von Preußen!

Die deutsche Antwort auf die feindlichen Verleumdungen gegen unser Deere hätte viel schärfer gefaßt werden müssen, statt sie zur Hälfte auszugeben. Wenn die neue Regierung das Volk zum Kampfe aufruft, hat ein schmähliches Frieden anzustreben, stellen auch wir uns hinter sie. (Recht, Beifall.)

Am Schluß der Sitzung bringen die Mehrheitsparteien folgenden Antrag ein: Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus! Weiterberatung morgen.

### Osterreich will weiter verhandeln.

Rede des Ministerpräsidenten Hussarek.

Wien, 22. Oktober.

Ministerpräsident Frhr. v. Hussarek erklärte heute im Herrenhause, die Antwort Wilsons diene keineswegs Anlaß, den angebahnten Gedankenaustrausch als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Depesche Wilsons enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht all zu langer Zeit aus den unglücklichen Zeiten des Krieges herauszuführen wird.

Der Ministerpräsident erklärte dann, daß von alters her der Grundgedanke der habsburgischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechtes seien. Deshalb kann sich Osterreich ohne Anwendung von der eingewurzelten Überzeugung zu dem Friedensprogramm Wilsons bekennen. Die Neuordnung unserer inneren Verhältnisse steht nicht bloß mit dem Friedensschritt im Zusammenhang, sondern ist auch eine innere Notwendigkeit. Das kaiserliche Manifest sei die logische und notwendige Ergänzung des Friedensschrittes. Nicht nur die Betretung nach außen und der gemeinsame Schutz, sondern auch gewisse wirtschaftliche Beziehungen werden schon aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Zusammenfassung der Kräfte drängen. Das Werk der Neugestaltung würde selbstverständlich nur auf verfassungsmäßigen Wege durch das Zusammenwirken der Völker geschehen werden.

### Der deutsch-österreichische Staat.

Proklamation der Nationalversammlung.

Wien, 22. Oktober.

Die provisorische Konstituante der Deutschen Osterreichs, die unter dem Druck der tschecho-slowakischen Entwicklung in Osterreich gestern zusammengetreten ist, hat eine Proklamation verfaßt, in der es heißt:

Das deutsche Volk in Osterreich ist entschlossen, seine zukünftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Südeisenländern. Jeder Nation von Gebieten, die von den deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt sind, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere werden wir uns durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen.

Der von der Nationalversammlung eingesetzte Vollziehungsausschuss beschloß, aus seiner Mitte 3 Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden: Krieg und Auherei, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Wilsonnote zu beraten und dem Vollziehungsausschuss cheitens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, der österreichischen Völkern und dem Ausland zu notifizieren. Der Ernährungsausschuss der deutschen Nationalversammlung beschloß, sich wegen Lieferung von Lebensmitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroatien, Berlin und München in Verbindung zu setzen.

### Sozialistische Sondererklärungen.

Unter den Erklärungen der einzelnen Parteien zu der Proklamation eines selbständigen Deutsch-Osterreichs ist die der sozialistischen Parteien bemerkenswert, in der es u. a. heißt: Das deutsche Volk in Osterreich soll ein demokratischer Staat, ein deutscher Volksstaat werden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den

Nachbarnländern und mit den Nachbarnvölkern zu verhalten will, wenn die Völker diese Völkern aber die anderen Völkern eine solche Gewährung ab, oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zulassen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird

der deutsch-österreichische Staat, der, auf sich selbst, sein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Selbstbestimmen sein, sich als ein Sonderbundesstaat dem deutschen Volke anzugliedern.

Wir verlangen von dem deutsch-österreichischen Staat vollste Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Bindungen zu wählen.

### Die tschechische Selbständigkeit.

In Paris lagte unter dem Vorsitz von Sr. Sr. tschechische Nationalauschuss und der tschechische Nationalverband. Die Beratungen waren vertraulich. Die Resolutionen waren verabschiedet, wurde eine Resolution gefaßt, in welcher Nationalauschuss für Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgebung der Wiener Regierung und für den Schutz der Slowaken ausproch. Der Nationalauschuss und mit ihm ausnahmslos das tschechische Volk verharren auf dem Standpunkt, tschechische Frage habe ausgeführt, eine Frage der Regelung Osterreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltmächten

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

\* Der Empfang der neuen Staatssekretäre Kaiser vollzog sich in den höflichlichen Formen. Vorstellung der Staatssekretäre Scheidemann, Graf Craberger, Hauptmann, Trimborn, Bauer und der Staatssekretäre David, Giesberts, Robert Müller, Dr. August Müller erfolgte durch den neuen Zivilkabinetts von Deibsch. Zu Beginn hielt der Kaiser eine kurze Ansprache, die sich, gutem Vernehmen nach, erster Linie mit der innerpolitischen Neuordnung Deutschlands beschäftigte. Dann zog der Kaiser der Anwesenden in ein kurzes Gespräch. Mit dem Kaiser ihm bereits bekannt waren, unterhielt sich der Kaiser besonders eingehend. Die politische Lage wurde mit der Unterhaltung nicht getreift. Der Empfang dauerte etwa eine halbe Stunde.

\* Die Selbständigkeit Livlands und Estlands nunmehr von der deutschen Regierung amtlich anerkannt worden. Dem Vorsitzenden des Vereinigten Landesparlamentes von Livland, Estland, Rigas und Osel, Baron von Bilsch, wurde eine vom Kaiser vollzogene Urkunde erreicht, nach der, da Rußland durch den Abschluß des deutsch-russischen Ergänzungvertrages zum O. Friedensvertrag auf die Staatshoheit über Estland und Livland verzichtet habe, diese Gebiete im Namen des Deutschen Reiches als frei und selbständig anerkannt werden. Der künftige Auschuss des Vereinigten Landesrates trat aus diesem Anlaß im Rigauer Schloß zusammen.

#### Belgien.

\* Eine umfassende Amnestie im besetzten Belgien wird jetzt bekanntgegeben. Der Generalgouverneur oberst Freiherr v. Falkenhause hat unter dem 18. Oktober allen Belgiern und Angehörigen neutraler Staaten im Gebiete des Generalgouvernements zu Freiheit verurteilt worden sind und ihre Strafe zurzeit in Belgien verbüßen, den Rest der Strafe im Gnadenwege ausgesprochen sind diejenigen, die wegen gemeinsamer Verbrechen verurteilt worden sind. Der Generalgouverneur hat weiter bestimmt, daß diejenigen Belgier und Angehörigen neutraler Staaten, gegen die im militärischen Verfahren Freiheitsentziehung verfügt worden und die sich zurzeit in Belgien oder Deutschland befinden, freigelassen werden. Mit der Entlassung vom 21. Oktober d. J. begonnen worden. Nur eine kleine Anzahl von Verurteilten, deren freie Bewegung in Belgien nach der Natur der Dinge nicht möglich ist, lange daselbst noch gefaßt wird, wird erst der Räumung Belgiens in Freiheit gesetzt werden. — Diejenigen Belgier, die ihre Strafe in Deutschland verbüßen, ist ein gleicher Gnadenakt in Vorbereitung.

#### Polen.

\* Auf einer Versammlung der Vertreter aller Parteien, ausgenommen die polnische Sozialistpartei, Linke und Sozialdemokratie — des Königreichs Polen und Litauens, wurde unter dem Beizahren des von Vertretern Groß-Polens und Litauens eine Entschlossenheit gefaßt, in der der Interparteiliche Klub die sofortige Auflösung der Regierung und Schaffung eines Nationalrates aus allen drei Teilungsgebieten und die Berufung eines Landtags forderte. Die linken Gruppen erklärten, daß sie im Hinblick auf die bestehenden Verhältnisse der Regierung nicht beitreten könnten. Rechte machte dagegen ihr Verhältnis zur jetzigen Regierung von deren Zusammenfassung, ihrem Bestand und ihren ersten Schritten abhängig. Die verschiedenen Volksparteien Kongresspolens und Galiziens forderten allem die Bildung einer Regierung aus Vertretern polnischen Teilgebiete.

#### Rußland.

\* Nach Bekanntgabe der Bereitwilligkeit Deutschlands auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte auf Verhandlungen einzugehen, leben die demittelten russischen und polnischen Kreise sowie die Juden mit großer Freude der Räumung aller Gebiete Ostlich der alten Ostpreußen entgegen. Gerüchte von Grenellaten der Volksarmee bereits geräumten Gebiete vermehren ihre Freude. Ausfolge des Flüchtlingskommissars in Sorjan (Wolgast-Bitebsk) leben die Völkern der im besetzten Gebiet durch das Vollzugsomitee in Bitebsk zum Teil unterurteilten zwei Kategorien vor: 1. Eisenbahnarbeiter höheren Stellen und 2. Gutbesitzer.

#### Großbritannien.

\* Die Stellung Englands zu den 14 Wilsonschen fennzeichneter Bonar Law in der letzten Sitzung des Unterhauses. Im Namen der Regierung erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten zu den 14 Punkten der Kriegszieleklärungen noch keinerlei Stellung zu nehmen zu hätten. Ebenowenta hätte die Entente die Frage

Die 14 Punkte Wilsons als Grundlage für Friedensverhandlungen mit Deutschland dienen könnten. Auf diese Anfragen, die sich mit dem gleichen Gegenstände befassen, lehnte Bonar Law die Antwort ab. Mit anderen Worten, die englische Regierung will sich nicht festlegen; lehnt auch heute noch eine deutliche Kriegzielklärung ab.

### In- und Ausland.

Berlin, 22. Okt. Die Kaiserin beging die Feier ihres Geburtstages dem Ernst der Zeit entsprechend in aller Stille.

Berlin, 22. Okt. Der Regierungswechsel in Elsaß-Lothringen wird jetzt amtlich bekanntgegeben.

Berlin, 22. Okt. Das preussische Abgeordnetenhaus am Mittwoch zusammen.

Berlin, 22. Okt. Auf Verwendung des Staatssekretärs Heldemann erfolgt im Laufe des heutigen Tages die Freilassung des Reichstagsabgeordneten Liebkecht.

Wien, 22. Okt. Nach Meldungen aus Warschau bereitete radikale Flügel der Altkolen ein Attentat gegen den kaiserlichen Regimentsrat vor. Man beabsichtigte, nach Befestigung der zeitigen Regimentsräte als Regenten Dabianst (Warschau), Senda (Solen) und Witos (Galizien) zu proklamieren.

Leipzig, 22. Okt. Die ukrainische Konstituante trat in ihrer ersten Sitzung über Organisationsarbeiten und die Wahl von Vorparlamenten zu bilden und die gestrigen Beschlüsse der ukrainischen Nationalversammlung durch eine Sonderabordnung der ukrainischen und der gemeinsamen Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Sofia, 22. Okt. In der Kammer erklärte Ministerpräsident Radoslaw Radoslawski, Rumänien werde auf dem Balkan die ganze Dobruđa verlangen.

## Erfolgreiche Gegenangriffe.

Die Meldungen des Volkswirtschaftlichen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 22. Oktober.

### Westergruppe Kronprinz Rupprecht.

Ein der 2. und 3. Schilde Infanterieregimente. Mehrfach den Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen in die Flüsse zu überqueren. Nordöstlich von Kortrik drang die 2. Division mit starken Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde durch heftige Artilleriebeschüsse abgewiesen.

Bismarckstrasse Nr. 22 vernichtete hierbei 6 Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns geschonten Landminen von St. Amand mit Maschinengewehren. Die Abwehrkräfte von Solesmes und Le Cateau hat der Feind durch seine Angriffe nicht erneuert. In nächtlichen Teilkämpfen wurden die Geschütze von Amersaal in seiner Hand.

Die Westgruppe Kronprinz Rupprecht. Französische Truppen, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittage auf breiterer Front zwischen Die und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Messines führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch.

Auf den Höhen nördlich von Vouziers dauern die Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben sich mit preussischen und bayerischen Bataillonen dem Feinde in erfolgreichem Gegenangriff die Höhen nördlich von Vouziers, zwischen Vallay und Chetres und nördlich von Chetres wieder entziffen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Südlich von Oigny scheiterte ein Gegenangriff des Feindes.

Westgruppe Galliv. Nach heftiger Artilleriebeschuss griff der Amerikaner nördlich von Commerce auf breiterer Front beiderseits von Vanthville an. Im Westen und im Gegenstich sind die Angriffe des Gegners abgewiesen. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner erhebliche Verluste.

Aus einem Geschwader von 8 feindlichen Flugzeugen, die sich in der Gegend von Sahval angriff, wurden 4 Flugzeuge abgeschossen.

Leutnant Veltjens errang seinen 35. Luftflug.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Nordöstlich von Masovac und Bukovic scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der böhmischen Morava.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär Fischbeck über die Kriegsanleihe:

Deutschland wird niemals eine Regierung haben, die nicht einmütig hinter der Kriegsanleihe steht.

### Widerlegung der Greuelmärchen.

Berlin, 22. Oktober.

In einer Unterredung mit dem Direktor der Nordd. Lloyd. Ztg. erklärte der preussische Kriegsminister, daß augenblickliche Überlegenheit der Feinde im Gebrauch der Tanks liegt. Es sei bei uns kräftig gearbeitet worden, um auf diesem Gebiet einen Ausgleich zu schaffen, falls der Krieg fortzuziehen müßte. Mit großem Nachdruck widerlegte sich der Kriegsminister gegen die Greuelmärchen gegen die Unterstellung, daß wir Einwohner der germanischen Gebiete verschleppt hätten. Dagegen erhob er die folgende Anklage gegen die Kriegführung unserer Gegner: „Daß bei einer so langen Dauer des Krieges und bei derartigen Massenbeeren Ausschreitungen die Arbeiten einzelner Vorkommen, liegt auf der Hand, daß sie zur Kenntnis der Vorgesetzten kommen, werden sie nicht so leicht gelauscht werden. Unsere Gegner werden sich von den Vorkommnissen, über die mir eine Menge amtlicher Material vorliegt, gewiß nicht freisprechen wollen, sondern so wenigstens, als sie wilde Völkerverleumdungen in den Reihen der Kämpfer verwenden.“

Sterbeliegte der Minister eine Anzahl photographischer Abbildungen vor, die u. a. offenbare Gräberveränderungen und systematische schändliche Beschädigungen von Dörfern und Städten zu Erdmünderungen erkennen ließen, und erinnerte dabei an Winston Churchills Rede in Glasgow in der er sich damit rühmt, daß mehr als 10.000 Granaten täglich von englischer Artillerie auf den Feind geschleudert würden. „Wir können also ruhig das Urteil der Welt abwarten“, schloß der Minister, „müssen aber die Bedingung genauer und unparteiischer Untersuchung stellen und Gerechtigkeit fordern für den deutschen Kämpfer, der über vier Jahre an der Front tapfer und aufopfernd seine Pflicht erfüllt, gewiß nicht schlechter als sein Gegner.“

### Kleine Kriegspost.

Berlin, 22. Okt. Der Ober des Admiralsstabes der Marine, Admiral Scheer, ist nach dem Stößen Hauptquartier abgereist.

Wien, 22. Okt. Der amtliche Deeresbericht meldet abweichende Angriffe der Italiener am Monte Slemol. In Serbien und Albanien vielmal Raubzüge.

Wien, 22. Okt. Wie die „Times“ aus Rom meldet, ist in Erwartung der deutschen Antwort der Senatsausschuß für Dienstag mittag einberufen. Anfang wird dort voraussichtlich schon die Antwort Wilsons auf die neue deutsche Note, die in nächster Zeit erwartet wird, bekanntgeben.

Moskau, 22. Okt. Aus zuverlässiger Quelle kommt die Nachricht aus Odessa, daß die rumänische Regierung alle rumänischen Dänen am Schwarzen Meer und der Donau für geschlossen erklärt hat.

### Zugweise französische Deeresberichte.

Berlin, 22. Okt. Der französische Deeresbericht vom 22. Okt. 12.35 Uhr vormittags, meldet nördlich: „Das nördliche Kampfgeschehen auf der Hochfläche östlich von Vouziers hat. Die Deutschen haben mehrere Gegenangriffe mit starken Kräften unternommen. Die Franzosen haben mit Erfolg allen Angriffen standgehalten und sind im Besitze ihrer Stellungen geblieben.“ Wir verweisen auf unseren heutigen amtlichen Deeresbericht, wonach wir die Höhen östlich von Vouziers, zwischen Vallay und Chetres und nördlich von Chetres wieder entziffen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet haben. Der Feind fällt seine Berichte, weil er nicht wagt, seinem an Siegesnachrichten gewöhnten Volke die ihm durch unsere tapfere Gegenwehr beigebrachte Schlappe einzugestehen.

### Konstituierung der deutsch-österreichischen Regierung.

Wien, 22. Okt. Die erste Regierung Deutsch-Österreich hat sich konstituiert und diese Tatsache den bismarckischen und neutralen Regierungen, sowie der bisherigen österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt.

### Österreichs Antwort an Wilson bevorstehend.

Wien, 22. Okt. Die österreichische Regierung wird bereits in den nächsten Tagen die Note Wilsons beantworten.

### Friedensverhandlungen mit Österreich in Paris erwartet.

Wien, 22. Okt. In französischen parlamentarischen Kreisen wird trotz des entschiedenen Tones der letzten Wilsonnote an Österreich-Ungarn angenommen, daß Friedensverhandlungen unmittelbar bevorstehen.

### Kabinettsrat in London.

Paris, 22. Okt. Sofort nach dem Bekanntwerden der deutschen Antwortnote an den Präsidenten Wilson fand in London ein Kabinettsrat statt.

### Ein Koalitionskabinet in Polen.

Berlin, 22. Okt. Wie die Post. Ztg. meldet, ist in Warschau ein Koalitionskabinet gebildet worden, in dem Aktivist und Nationaldemokraten sitzen werden. Ursprünglich bestand die Absicht, ein rein nationaldemokratisches (deutschfeindliches) Kabinet zu bilden.

## Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 23. Oktober.

o Warnung vor Tabakerias. Guter Tabak wird immer spärlicher und teurer. Dafür kommen Ersatzwaren, die nur oder fast nur aus getrockneten und nach einem besonderen Verfahren zubereiteten Buchenblättern bestehen, in den Handel. Sofern diese Ersatzwaren ausdrücklich als Tabakerias bezeichnet sind, ist gegen ihren Vertrieb in jeglicher Zeit kaum etwas einzumenden. Wenn aber die Vertreter solcher Tabakeriasfirmen, wie es mehrfach vorgekommen ist, den Geschäftskleuten unwahre Vorspiegelungen über den Wert und die Beschaffenheit der Waren machen, insbesondere zu behaupten, es handle sich um echten Tabak und auch solche Muster vorlegen, wenn ferner die Ersatzwaren auf den Packungen als „Rauchtabak“ bezeichnet werden, so ist ein solches Vorgehen nicht nur durchaus verwerflich, sondern auch strafbar. Die durch den Vertrieb solcher Waren geschädigten Personen tun gut daran, rüchstandslos Anzeige bei der nächsten Polizeibehörde oder der zuständigen Staatsanwaltschaft zu erstatten. Mit der Vorlage von Mustern wird jetzt überhaupt ein arger Unfug getrieben. Die Reisenden legen häufig tabellose Muster von Waren vor und wenn dann die Waren, die jetzt ja nur unter Nachnahme verhandelt werden, beschlagnahmt wird, stellt sich heraus, daß sie nicht im geringsten den vorgezeigten Mustern entsprechen, ja daß ganz andere Waren als bestellt geliefert werden. So ist es vorgekommen, daß ein Kaufmann für mehrere tausend Mark Laß bestellt, später aber Salz geliefert erhalten hat. Diesen Schwindel kann man so ziemlich beim Vertrieb sämtlicher Waren feststellen, z. B. bei Seife und Seifenersatz, bei Wollwachs, besonders bei kosmetischen und pharmazeutischen Artikeln. In jüngster Zeit wird häufig echtes kölnisches Wasser angepriesen. Das Muster ist reichlich irrtümlich. Die gelieferte Ware ist ein fast wertloses parfümiertes Wasser ohne jeglichen Spritgehalt. Im Warenhandel gilt daher heute mehr denn je der Grundsatz: Augen auf undbeutel zu!

o Erhöhung der Petroleumpreise. Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Höchstpreise für Petroleum beschlossen. Während der Großhandelspreis für Petroleum bisher 35 Mark für 100 Kilogramm betrug, wird er sich jetzt auf 40 Mark für 100 Kilogramm belaufen. Der Kleinhandelspreis ist auf 45 Pfennig für das Liter oder bei Lieferungen in das Haus des Käufers auf 50 Pfennig für das Liter festgesetzt worden. Bei Lieferungen aus Straßentankwagen beträgt der Höchstpreis 40 Pfennig für das Liter oder, wenn der gefüllte Tankwagen oder Benzol für das Liter oder, wenn der Befüllung vom Käufer abgeholt werden, 37 Pfennig für das Liter. Die Preissteigerung war infolge der starken Steigerung der Einkaufspreise erforderlich. Der Preis des galizischen Petroleums, der im vorigen Jahre noch 31 Kronen betrug, ist bis zum

September 1918 auf 52 und 58 Kronen für je 100 Kilogramm gestiegen. Die Zufuhren sowohl an galizischem wie an rumänischem Öl sind durch erhebliche Frachterhöhungen belastet. Gleichzeitig sind die allgemeinen Handelsanforderungen sowie die Verteilungskosten der Petroleumgesellschaften stark gestiegen. Die bisherige Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreis mußte etwas vergrößert werden, da sie mitunter nicht mehr ausreichte, um dem Kleinhändler nach Deckung der Beförderungskosten auch nur einen bescheidenen Nutzen zu lassen. Die Mietgebühren für Kanonen und Eisenfässer ist nach dem Vorgang der für Benzin und Benzol kürzlich getroffenen Regelung um ein Geringes erhöht worden. Dies war mit Rücksicht auf die erhöhten Verteilungskosten erforderlich.

o Worauf der Feind wartet. In der Eisenbahn traf ich vor einigen Tagen einen Arbeiter, der in Manchester interniert gewesen und vor vier Wochen nach Deutschland entlassen worden war. Er schilderte den herzlosen Reiz der Engländer, die „ganz Deutschland ausrotten“ wollten, um sich bereichern zu können, und ich mußte an das Wort eines englischen Ministers denken, der gesagt hatte: „In diesem Kriege wird jeder Engländer reicher werden.“ Wenn dem Feinde in letzter Zeit das Kriegsglück auch geneigt gewesen ist, so hat er doch an dem heldenhaften Widerstand unserer Soldaten erfahren, daß seine Rechnung nicht ganz stimmen will. Auch seine weitere Hoffnung auf den Verfall unserer Festigkeit draußen und dahinten muß vergebens bleiben.

o Frachtpoständer werden am 23., 24. und 25. Oktober von Stationen des Direktionsbezirks Frankfurt a. M. zur Beförderung nicht angenommen.

o Altkadett, 23. Okt. Gendarmenmann Freiherr von hier, beim Armierungsbatt. 45 hat im Osten das Eisenerz Kreuz 2. Klasse erhalten.

o Altkadett, 23. Okt. Der am 29. Oktober d. J. hier selbst anstehende Kram- und Viehmarkt fällt aus.

o Herbst, 22. Okt. Der seit 27 Jahren am hiesigen theologischen Seminar wirkende Professor Haufen wurde aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Auktalt von der theologischen Fakultät der Universität Marburg zum Ehren doktor ernannt.

o Dillenburg, 22. Okt. Unterhalb des hiesigen Bahnhofes fuhr vorgestern früh ein von Biedorf einlaufender Güterzug auf einen in der hiesigen Station haltenden Güterzug auf. Von beiden Zügen entgleisten die Wagen, beide Maschinen legten sich auf die Seite und eine Anzahl Wagen lagen untereinander. Das Unglück geschah dadurch, daß der einfahrende Güterzug eine Weiche aufschliff. Vom Fahrpersonal ist niemand verletzt. Der Personenverkehr wurde durch Umleiten der Züge auf ein Nebengleis aufrecht erhalten.

o Weiburg, 22. Okt. Ein feindliches Fliegergeschwader, bestehend aus 12 Flugzeugen mit dem Führer an der Spitze, überflog gestern nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr unsere Stadt in großer Höhe und schneller Fahrt. Dasselbe wurde von 4 Flugzeugen unseres Abwehrdienstes verfolgt. Wie wir hören, warf das feindliche Geschwader in Burgolms und Altschauen Bomben ab.

o Koblenz, 22. Okt. Gestern mittag passierten mehrmals feindliche Flieger Koblenz ohne Bomben abzuwerfen. Die Stadt war rechtzeitig alarmiert. Die Flugabwehr trat in Tätigkeit und gab Sperrfeuer ab.

o Hagenburg, 22. Okt. Die große Kohlenhalde der Main-Kraftwerke am Mainufer brennt seit einigen Tagen. Ein größeres Soldatenkommando ist mit der Abfuhr der noch unverfehrten Kohlen beschäftigt.

o Frankfurt a. M., 22. Okt. Gestern nachmittags 3.15 Uhr wurde die Stadt Frankfurt a. M. wegen Fliegergefahr alarmiert. Die Abwehrgeschütze traten in Tätigkeit. Um 4.35 Uhr war der Alarm beendet. Schaden ist, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, in Frankfurt a. M. nicht entstanden.

## Rah und Fern.

o Bei einer Explosion in der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik Dessau sind 70 Personen getötet und etwa 50 schwer oder leichter verletzt worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Zahlen sich noch um einige Opfer erhöhen werden, da die Aufräumungsarbeiten unter mittelbarer Hilfe noch im Gange sind. Die Ermittlungen über die Entstehungsurache haben noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

o Der Postverkehr hat auch im September erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Im Reichspostgebiet stieg die Zahl der Postscheckkunden um 7750 auf 237.895 am Monatsende. Auf den Konten wurden 11.616 Milliarden Mark oder 72,7% des Umlages barlos begeben. Das durchschnittliche Guthaben erreichte mit nahezu 840 Millionen Mark seinen bisher höchsten Stand. Im Deutschen Reich betrug Ende September die Zahl der Postscheckkunden 275.500. Von dem Umlage (13.328 Milliarden Mark) wurden 9.616 Milliarden Mark barlos abgewickelt. Das Guthaben stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 962 Millionen Mark. Vordrucke zu Anträgen auf Eröffnung eines Postscheckkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

o Kunsthandwerk auf der Leipziger Messe. Der Leipziger Kunsthandwerkerverein wird von der kommenden Frühjahrsmesse ab eine Verkaufsausstellung von Arbeiten des deutschen Kunsthandwerks angegliedert werden. Der von der sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe in Dresden als Vertretung einer Gruppe deutscher Kunsthandwerker ausgearbeitete Plan gelangt mit geldlicher Unterstützung der sächsischen Regierung und der Stadt Leipzig zur Ausführung.

o Beschränkung in der Versendung von Anzeigen. Das Oberkommando in den Marken macht bekannt, daß vom 1. November ab periodische Druckschriften während der ersten zwei Wochen nach ihrem Erscheinungstage nur ohne Anzeigen oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen sind. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Schriftleitung erscheinenden Veröffentlichungen. Ausgenommen sind: Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich rechtlicher Korporationen des Deutschen Reiches

und der mit ihm verbündeten Staaten; Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emissionsprospekte handelsrechtlich eingetragener Firmen; Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckchrift erfolgt ist. Unbeachtet bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Österreich-Ungarn.

Das ermäßigte Drucksachenporto gelten nur Zeitungen und Nachrichtenbüros, wenn die Sendungen 1. Zeitungen oder Zeitschriften enthalten, wenn die Zeitungen oder Zeitschriften vom Verleger an andere Zeitungsverleger oder an Personen verschickt werden, die sich nicht gewerblich mit dem Vertrieb dieser Zeitungen und Zeitschriften befassen; 2. nur politische, Handels- oder andere Nachrichten allgemeiner Bedeutung enthalten, wenn diese Nachrichten von Nachrichtenbüros an Zeitungen, Zeitschriften oder Zeitungsverleger verschickt werden.

Postverkehr Deutschland-Rumänien. Die Briefsendungen im Verkehr zwischen Deutschland einerseits und dem unbesetzten Rumänien einschließlich Beharabien und dem besetzten Rumänien nördlich der Donau andererseits können fortan auch eingeschrieben verandt werden. Rückscheine sind zulässig. — Vom 21. Oktober ab sind im Verkehr mit dem unbesetzten Rumänien und Beharabien auch gewöhnliche und eingeschriebene geschäftliche Drucksachen (Warenangebote, Preisverzeichnisse usw.) bis zum Gewicht von 500 Gramm und Warenproben zugelassen.

Lebensmittelfelle in einem Münchener Königsschloß. Der König von Bayern, der bereits in der künftigen Residenz in Würzburg Räume zum Einstellen von Möbeln und zur Benutzung als Wohnungen freigab, hat das Leuchtenberger Palais in München, das von dem verstorbenen Prinzen Luitpold vor seiner Regentenschaftzeit und dann vom Kronprinzen Rupprecht bewohnt wurde, zu Amtsräumen für die bayerische Lebensmittelfelle hergegeben.

Durch eine Mine getötet. Die Barnemünder Fischer Schwerin, Feit, Busch und König sind von einer Fischfabrik in die Ostsee nicht wieder zurückgekehrt. Sie sind das Opfer einer Treibmine geworden. Die Rannschiffahrt der dänischen Fähre Sjebser-Barnemünde sah während der Überfahrt, wie zwei in See nahe beieinander liegende Fischerboote plötzlich nach einer heftigen Detonation in Flammen aufgingen und wie das eine Boot sank. Aber auch das zweite Boot ist zweifellos gesunken, denn diese Fischer haben bislang nichts von sich hören lassen und sind nicht nach Barnemünde zurückgekehrt.

Verbot von Möbel-Versteigerungen. Der Landrat in Otterndorf erließ folgendes Verbot: Fortan ist jede öffentliche Versteigerung von gebrauchten Möbeln sowie auch von Betten, Gardinen und Teppichen ohne vorherige Genehmigung des zuständigen Landrats verboten, auch ist die öffentliche Ankündigung von Verkauf oder Ankauf solcher Gegenstände verboten, wie ebenso solche nicht ohne Genehmigung des Landrats aus dem Gemeindebezirk entfernt werden dürfen.

Drei Jüge zusammengefahren. In der Nacht auf Montag fuhr der von Wien abgegangene Schnellzug in Kapfenberg auf den eben vorbeifahrenden Güterzug, wodurch die rückwärtigen Wagen entgleisten. Die Lokomotive eines eben aus der Station ausfahrenden Personenzuges wurde umgeworfen. Vom Supersonal der drei Jüge wurden mehrere Personen verletzt, unter den Passagieren sofort fünfzehn Tote und fünfzig Verletzte gezählt.

Neuer Süßstoff. Eine Pflanze mit großem Süßstoffgehalt ist in Paraguay entdeckt worden. Die Pflanze (Cappatoria Reboudina, eine Art der Stevia) kommt nach dem Deutschen Überseelexikon im Hochlande in der Nähe von San Pedro, Paraguay, vor und kann leicht durch Stecklinge oder durch Wurzelteilung vermehrt werden. Eine 1913 vorgenommene chemische Untersuchung ergab zwei verschiedene Süßstoffe in den Blättern. Der Süßstoff, der 180 mal süßer als Zucker ist, unterliegt keiner Gärung. Das Produkt dieser Pflanze kann daher als Ersatz für Saccharin verwendet werden; sein Vorteil gegen Saccharin liegt darin, daß es im natürlichen Zustande gebraucht werden kann, indem man die Blätter zu Pulver zerstampft, und daß es viel billiger als Saccharin ist. Kleine Musterbestellungen, die nach Europa und Amerika gingen, führten zu Bestellungen auf große Mengen. Ein Hindernis für den Anbau der Pflanze ist, daß sie wenig fruchtbare Samen erzeugt, doch kann die Vermehrung, wie gesagt, durch Stecklinge erfolgen.

Vergeldloser Zahlungsverkehr als Lehrgegenstand. Die anhaltische Staatsregierung hat eine Verordnung erlassen, laut der die Fragen des vergeldlosen Zahlungsverkehrs als Lehrgegenstand in sämtlichen Schulen des Landes aufgenommen werden sollen. Die Einordnung in den Lehrplan soll dergestalt geschehen, daß in den höheren Schulen der Unterricht verbunden mit dem in Verfassungshunde usw., in den Geschichtsstunden erfolgt, in den übrigen Schulen in den Nebenstunden.

Ist Baumwolle in Europa lohnend? Einen Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Frage geben die Bemerkungen nach der „Anschauung“ vom ungarischen Staatsingenieur Oskisch und seinen Freunden Dr. Boju und Dr. Miklovits in Ungarn angestellt worden sind. Leider sind die Berichte infolge des Todes von Oskisch nicht weiter verfolgt worden. Die Pflanzungen sind in Kaplony im Komitat Szatmar, in Rago-Karoly ebenda, im Komitat Tolna und Vorkob und in Trig (Kroatien) vollkommen gelungen. Kochler, der Direktor des botanischen Instituts in Klosterneuburg, hat die Anlagen in Kaplony und Rago-Karoly gesehen und geschrieben: „Ich habe hierbei die Akklimatation der Baumwolle als Faktum bestätigt gefunden.“ Professor Volkmann (Wonn-Poppelstorf) hat Trig besucht und die Boden- wie auch die klimatischen Verhältnisse im Komitat Szerin in Kroatien als ausgezeichnet angeprochen: „Ich gewann dabei die Überzeugung, daß man in Südungarn Baumwolle kultivieren kann.“ Seiner Ansicht nach bieten auch Rumänien, Serbien und Bulgarien zu diesem Zwecke günstige Gebiete.

### Volks- und Kriegswirtschaft.

Bierpreise in Bayern. Die stellvertretenden General-Kommandos der drei bayerischen Armeekorps veröffentlichten eine gemeinsame Bekanntmachung, in der die höhere Preisfestsetzung für Kriegsbier erfolgt. Danach beträgt in Gemeinden, die nach der letzten Friedensvolkszählung mehr als 4000 Einwohner haben, und in den übrigen mit ihnen zusammenhängenden Gemeinden der Ausschankpreis für den Liter 34 Pfennig, gleichviel ob hell oder dunkel. Da der Ausschankpreis seit der Bierpreisregulierung im August 1917 in diesen Gemeinden 28 Pfennig betrug, tritt eine Erhöhung um 6 Pfennig für den Liter ein. Der Schankpreis der Birne erhöht sich von 11 Pfennig auf 14 Pfennig beim Liter. Die Birne beanspruchten bekanntlich einen Schankpreis von 15 Pfennig. In Gemeinden unter 4000 Einwohnern beträgt der Ausschankpreis, der bisher mit 28 Pfennig für den Liter festgesetzt war, künftig 32 Pfennig. Bei der Festsetzung des Bierpreises wurde auch schon die kommende Bierpreissteigerung infolge des Biersteuererlasses in Berücksichtigung gezogen. Der Preis wurde demnach bestimmt, daß der Liter Kriegsbier in Bayern nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht höher als auf 40 Pfennig zu stehen kommt.

In viel Kürbis, zu wenig Kartoffeln. Es wird vielfach Klage darüber geführt, daß in diesem Jahre viele

Tausende von Morgen Land mit Kürbissen statt mit den gleich wichtigeren Kartoffeln bestellt worden sind. Ein Bauer in der Barchener Gegend hat eine Fläche von fast 60 Morgen nur mit Kürbissen bestellt und daraus eine Einnahme von etwa 100 000 Mark erzielt. Das Gänzlich bei einem Ertragspreis von 18 bis 20 Mark für den Zentner im Jahre 1918 und von 10 bis 12 Mark 1919 in wenigen Wochen 40 000 Mark und mehr verdienen, braucht bei der regen Nachfrage nicht überaus schwierig zu sein. Es kann aber der großen Öffentlichkeit nicht gleichgültig sein, ob so viel Land, das eigentlich mit Kartoffeln bestellt werden sollte, diesem so wichtigen Zweige der Volkswirtschaft entzogen werde, oder nicht.

Verteilung für entlassene Soldaten. Die Reichsregierung hat einen Versorgungsplan bekanntgegeben, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus gemessenen Militärjahren und 600 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Zunächst werden nur Anzüge und Mäntel aus getragenen Militärjahren abgegeben. Neue Anzüge erst angefertigt werden, so daß eine Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch nicht möglich ist. Die Mäntel werden nur an bedürftige Entlassene abgegeben, 200 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Mütter der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den Mäntelabgaben wird die Reichsregierung durch einen Zuschuß von 14 Mark zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichskriegsamt 21 Millionen Mark bewilligt. Mit der Verteilung der Kleidungsstücke sind die Kommunalverbände beauftragt worden.

Die neue Reichsmarmelade. Die Reichsstelle für Mische und Obst teilt mit, daß der Marmeladenbedarf für das Jahr 1918/19 als sichergestellt gelten kann. Es werden die gleichen Mengen Marmelade zur Verteilung kommen wie im Vorjahre. Die neue Reichsmarmelade wird sich aus 60 Teilen reinen Zuckers, 50 Teilen Obstmark (das ist reines Obst ohne Entfernung der Schalen und anderer Abfälle) und höchstens 40 bis 50 Teilen Streckungsmitteln zusammensetzen. Der Preis der neuen Reichsmarmelade ist vorläufig auf 1 Mark für die Pfunddose festgesetzt.

Gesundheitsprüfung der Munitionsdarbeiter. Um die der Herstellung der gemischten Kampfmittel verbundenen Gefahren zu verhüten, beabsichtigt die chemische Versuchsanstalt für die Reichsregierung, die chemische Berufsgenossenschaft auflösende Vorräte für Ärzte, Gewerbeaufsicht, Betriebsleiter und Arbeiter abhalten zu lassen. Die Vorräte finden im hiesigen Institut der Universität, am 9. und 16. November statt.

Gemeinnütziger Kleinwohnungsbau in Brandenburg. Unter der Bezeichnung „Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Provinz Brandenburg“ wird vom Landesdirektor der Provinz Brandenburg eine Gesellschaft zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus für die minderbemittelten städtischen und industriellen Bevölkerung gegründet, die alle diesen Gebieten liegenden Beirhebungen für den Bereich der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin zusammenfassen soll. Während der Staat seine Beteiligung mit einer Einlage in Höhe von 1/4 bis 1/2 des Gesamtkapitals zugelegt hat, ist von der Provinzialverwaltung von Brandenburg ein Betrag behaltlich der Beschlußfassung des Provinziallandtags in Höhe von 3 500 000 Mark in Aussicht genommen. Für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg wird sich ebenfalls beteiligen.

Arbeitslosigkeit im schlesischen Tabakgewerbe. Die Beschlagnahme der Tabakvorräte hat eine Anzahl schlesischer Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabriken zur Schließung und Einschränkung ihrer Betriebe gezwungen. Naturgemäß werden dadurch zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos. Die Vernehmen nach sind Maßnahmen im Gange, die den Betroffenden kommenden Arbeitskräfte anderer Industrien zuführen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Hachenburg.

Am Freitag, den 25. d. Mts. vormittags von 8<sup>1/2</sup>-10<sup>1/2</sup> Uhr haben im Büro des Rößl'schen Hauses sämtliche Familien, von denen Familienmitglieder als Angestellte, Arbeiter etc. in gewerblichen Betrieben, Büros, Geschäften usw. beschäftigt sind, folgende Angaben zu machen: Vor- und Zunamen, sowie Stand des Familienmitgliedes, Betrieb und Sig der Firma, wobei dasselbe beschäftigt ist. Die Angaben müssen genau und innerhalb der angegebenen Zeit gemacht werden. Dienstmädchen kommen hierbei nicht in Frage. Hachenburg, den 23. 10. 1918. Der Bürgermeister.

**Bekanntmachung**  
betr. Höchstpreise für Schlachtschafe.  
Auf Grund des § 4 der Satzung des Viehhandelsverbandes wird folgendes bestimmt:  
Mit Ermächtigung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 18. September 1918 wird unsere Bekanntmachung vom 12. August d. Js. VI 865 abgeändert, daß Lämmer und Jährlinge, welche zwar fleischig, aber nicht vollfleischig sind, nach Klasse II mit einem Höchstpreis von M. 90 für je 50 kg Lebendgewicht ab Stall zu bewerten sind. Diese Abänderung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Höchstpreise, welche für den Zentner Lebendgewicht ab Stall nicht überschritten werden dürfen, stellen sich hiernach wie folgt:  
Klasse I vollfleischige Lämmer und Jährlinge (Hammel und ungelammte Schafe) M. 100,  
Klasse II fleischige Lämmer und Jährlinge, vollfleischige und fette Mutterchafe M. 90,  
Klasse III magere und gering genährte Schafe, auch Zuchtböcke M. 70,  
Klasse IV minderwertige und abgemagerte Schafe M. 50.  
Die Feststellung des Lebendgewichts erfolgt unter Abzug von 5%.  
Frankfurt a. M., den 30. September 1918.  
Viehhandelsverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden.  
Der Vorstand.  
Wied veröffentlicht.  
Hachenburg, den 16. 10. 1918. Der Bürgermeister.

**Neu eingetroffen!**  
**Regulateure, Taschenuhren**  
3 Jahre Garantie  
in guter Qualität und billiger Preislage.  
**Hugo Backhaus, Hachenburg**  
Uhren- und Goldwarenhandlung.  
**Schreiben Sie schlecht?**  
Auch die schlechteste Handschrift wird durch meine unübertroffene Methode in wenig Stunden, flott u. bildschön. Nachnahme 3,00 Mk. Verlag R. Aulz, Charlottenburg 4, Postfach.

**Kochsalz, Viehsalz**  
**Kainit, Kali**  
zur Zeit in großen Mengen vorrätig  
und empfehlen wir unseren verehrlichen Abnehmern, sich ihren Bedarf rechtzeitig einzudecken.  
**Phil. Schneider G. m. b. H.**  
Hachenburg. Fernruf Nr. 2.  
**Schlachtpferde**  
sowie Notschlachtungen kauft  
**Hugo Kessler, Pferdemezger**  
Wiesbaden. Telefon 2612.  
Ich habe den Erlaubnischein.

Ich kaufe fortlaufend jede Menge  
Ebereschen, entstielt zu M. 14  
Schlehen, entstielt zu M. 40  
zu M. 14  
Weißdornstrucht " " 15  
Wildäpfel " " 10  
Holunderbeeren entstielt " " 25  
Wildbirnen " " 10  
Hagebutten " " 40  
Kürbis " " 10  
den Zentner. Ich bitte um gefl. Angebote, auch über Lieferungen von Sammelstellen.

**Friedrich Wilhelm Korf**  
Obsttraufabrik  
Post Hamm-Sieg **Ezbach.** Station Au-Sieg  
Sammelstelle der Gesellschaft „Wildfrucht e. G. m. H.“  
Berlin.

**Fenchelhonig**  
**Thymianhonig**  
bestes Vorbeugungsmittel gegen Stic- u. Keuchhusten  
zu haben bei  
**Karl Dasbach, Drogerie, Hachenburg.**

Unentbehrlich für Jedermann!  
**Der neue Posttarif**  
auf Karton zum Aufhängen  
das Stück zu 30 Pfg.  
empfiehlt  
**Buchhandlung Th. Kirchhölzl**  
Hachenburg.  
**Ia. Aufnehmer**  
gegen Verzugschein  
**Ia. Pergamentpapier**  
in Bogen  
**Salizyl-Pergamentpapier**  
**Vederfett**  
in verschiedenen Packungen  
**Ia. Fußbodenanstrich**  
Marke „Bodenfreund“  
**Feldpostkartons**  
billigst.

**C. Henney**  
Hachenburg.  
Gegen vorherige Einlieferung von Füllsäcken liefern wir:  
**Kainit, Kalisalz**  
**Chloralium**  
**Koch- und Viehsalz.**  
In Bretter, Latten, Diele  
Kalk-, Kehl-, Fuß- und  
sonstige Leisten  
Stabbretter u. Hobelziele  
stets reichlich Lager.  
**Carl Müller Söhne**  
Bahnhof Ingelbach (Kroppach).  
Feenprediger Nr. 8  
Amt Altenkirchen.

17- bis 18-jähr. **Zweitmädchen**  
welches schon in best. Haushalt hat, für H. herrsch. Haushalt nach **Sonnef (Wien)** u. h. t.  
Persönliche Vorstellung bei **Frau E. B. Hachenburg.**  
In kleinem, besseren, bürgerl. Haushalt in Düsseldorf findet einfaches, **älteres Mädchen** (am liebsten Waife) als tüchtige Stütze Lebensstellung mit als Gehe eingeseht. Angeb. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
Zuverlässiges tüchtiges **Mädchen** in kleinen Haushalt Wehlar gesucht. Näheres: **Hotel Schmidt, Hachenburg.**  
Suche für sofort oder später ein **tüchtiges Mädchen**  
**Frau Karl Bierbraun**  
Hachenburg

**Bauernkotte**  
oder kleines **G**  
zu kaufen gesucht  
Ausführliche Angebote S. 2. 7759 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
Zwei sehr gut erhaltene **Holz-Kinderbettstellen** (Dreckslerarbeit) preiswert verkaufen bei **Geinr. Orthen, Hachenburg.**  
**Siegella**  
beste Ware  
in rot, braun und schwarz  
empfiehlt  
**Th. Kirchhölzl, Hachenburg.**